

# Probleme der Energiesicherheit aus polnischer Perspektive

Marcin Piechocki

Die Energiesicherheit hat sich zu einem Schlüsselement nationaler Sicherheit entwickelt. Die Energiekrise der 1970er Jahre offenbarte auf brutale Weise die Schwäche von Volkswirtschaften, die nicht mehr mit günstigem Öl versorgt werden können. Frank Walter Steinmeier stellte deshalb fest, dass die globale Sicherheit im 21. Jahrhundert untrennbar mit der Energiesicherheit verbunden ist (Müller-Kraenner 2009: 33). Zum Verständnis der Bedeutung des Problems ist es wichtig, jene Faktoren zu erläutern, welche die Energiesicherheit beeinflussen. Artikel 3 des Energiegesetzes definiert Energiesicherheit als *„Zustand der Wirtschaft, welcher die Deckung des aktuellen und perspektivischen Bedarfs der Verbraucher an Brennstoffen und Energie auf eine technisch wie wirtschaftlich sinnvolle Weise und entsprechend der Anforderungen des Umweltschutzes sicherstellt“*.<sup>9</sup> Im Dokument *„Energiepolitik Polens bis 2030“* wird die Versorgungssicherheit mit Brennstoffen und Energie definiert als: *„Sicherstellung stabiler Brennstoff- und Energieversorgung auf einem Niveau, das den nationalen Bedarf bei akzeptablen Preisen für die Wirtschaft auf Grundlage der optimalen Nutzung der nationalen Energieressourcen sowie bei Diversifizierung der Bezugsquellen von Erdöl, flüssigen und gasförmigen Brennstoffen gewährleistet“* (vgl. Ministerstwo Gospodarki 2009).

Beide Definitionen zeigen deutlich, dass nicht alle Faktoren vom Staat abhängig und in ihrer zeitlichen Perspektive vorhersehbar sind. Auch die Prognosen der Energieressourcen sind unsicher. Es ist schwer, den Energiebedarf der Wirtschaft in einigen Jahrzehnten präzise zu beziffern. Zudem ist nicht klar, ob es gelingen wird, neue Wege der Energiegewinnung zu finden oder den Verbrauch bedeutend zu verringern. Gas, das heute aufgrund vergleichsweise großer Vorkommen und schadstoffarmer

Verbrennung als die Zukunft der Energiewirtschaft angesehen wird, wurde noch vor einhundert Jahren als Rohstoff mit geringer Zukunft eingestuft.

Die Tatsache der Existenz eines Zustands der Energiesicherheit impliziert auch dessen Gefahren. Darunter werden am häufigsten genannt: der wachsende Energiehunger der Wirtschaft; die sich in naher oder entfernter Zukunft – aber zumindest in immer beunruhigenderer Perspektive – erschöpfenden Energieressourcen; Preissteigerungen; die Lage der wichtigsten Lagerstätten in politisch instabilen Regionen, was sie zu einem Instrument der Außenpolitik macht. Zudem ist auf internationale Verpflichtungen hinzuweisen, die den rationellen Energieeinsatz und reduzierte Schadstoffemissionen in der Atmosphäre betreffen. Diese erfordern intensivierete Anstrengungen zur sauberen Energieerzeugung und zum Einsatz erneuerbarer Energien. Schließlich geht es nicht einfach nur um die Verfügbarkeit von Energie; diese muss auch zu einem akzeptablen Preis und mit minimaler Umweltbelastung gegeben sein.

Der letztgenannte Faktor hat im Fall Polens eine besondere Bedeutung, da es bei seiner Energieversorgung weiterhin auf Kohle setzt, deren Verarbeitung hohe Emissionen verursacht. Um die Kriterien des Energie- und Klimapakets der EU von 2008 zu erfüllen, sind riesige Ausgaben erforderlich.<sup>10</sup> Vorhergesagt wird für die konventionellen Energieträger ein geringerer Steinkohleverbrauch sowie ein steigender Verbrauch von Gas und Erdöl. Die Umstellung einer kohlebasierten Energieversorgung auf Gas, entsprechend des europäischen Trends, macht es notwendig, Bezugsquellen für diesen Rohstoff zu suchen oder eine stärkere Abhängigkeit von den derzeitigen Exporteuren in Kauf zu nehmen.

Der Energiemarkt hat seine eigenen, widersprüchlichen Gesetze. Auf der einen Seite finden sich vom Import völlig autarke Staaten und auf der anderen Seite vom Import vollständig abhängige. Beim Gas, dessen Verbrauch in Polen in den vergangenen Jahren etwa 14 Mrd. m<sup>3</sup> betrug, stammen 30 % aus nationaler

10 Trotz der Ausgaben lassen sich nicht alle Kriterien des Pakets erfüllen, was den Erwerb von Emissionszertifikaten erforderlich machen wird. Dies wiederum bedeutet steigende Energiepreise (vgl. Frączek 2010: 56).

Produktion, der Rest wird überwiegend aus Russland importiert (ca. 50 % des polnischen Verbrauchs) (Janusz 2010: 31).

Die Anlage 2 („Bedarfsprognose für Brennstoffe und Energie bis 2030“) zum Dokument „Energiepolitik Polens bis 2030“ geht von einem Anstieg des Erdgasverbrauchs um 29 % und des Energieverbrauchs um 55 % bis zum Jahr 2030 aus. Der Handel mit Energieressourcen hat nicht viel mit den Regeln des freien Marktes gemein. Dies wird besonders am Beispiel von *Gazprom* deutlich. Diese Firma bietet in Abhängigkeit von deren strategischer Bedeutung für die Firmen- bzw. russischen Interessen (die häufig übereinstimmen) unterschiedliche Preise für die Abnehmer an.

Besonders in Polen wurde die Diskussion um die Energiesicherheit zu Ungunsten der Wirtschaftlichkeit der getroffenen Maßnahmen stark politisiert. Besonders rechtskonservative Kommentatoren predigen gern, dass Russland Panzer gegen Pipelines tausche, um Westeuropa von sich abhängig zu machen. Die *Nordstream-Pipeline*, die vom derzeitigen Außenminister *Radosław Sikorski* als neuer Ribbentrop-Molotow-Pakt bezeichnet wurde, ist das beste Beispiel dieser Rhetorik.

Die Lieferverträge für Energie sind langfristig ausgelegt und erfordern das Abschätzen künftiger Bedarfe, schließlich müssen nicht abgenommene Mengen nach dem Prinzip „Nimm oder zahle“ bezahlt werden. Dies hat zur Folge, dass die Notwendigkeit der Vertragsverhandlungen mit der russischen Seite so viele Emotionen unter den Polen weckt. Der letzte mit *Gazprom* ausgehandelte Vertrag gilt bis 2037 (also für 27 Jahre). Nach dessen Unterzeichnung drohte die Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) Premierminister Donald Tusk und dem Vizepremierminister Waldemar Pawlak damit, sie wegen Verringerung der Energiesicherheit Polens vor ein nationales Tribunal zu stellen. Kritiker der Vereinbarung weisen auf die zu großen vertraglich vereinbarten Liefermengen, den hohen Preis sowie die gesenkten Durchleitungsentgelte bei gleichzeitigem Erlass russischer Schulden hin.

Ein weiterer Punkt, der den Handel mit Energieressourcen beeinflusst, ist der Energietransport, der ein ausgebautetes Netz und Speicherkapazitäten erfordert. Dies erschwert zusätzlich

den Energieumsatz bei gleichzeitiger Wahrung der Interessen der Käufer, Verkäufer und Dritter. Von der Bedeutung dieses Faktors konnte man sich überzeugen, als Polen dem Bau der Jamal-Pipeline nicht zustimmte, welche die Ukraine umgehen sollte. Heute sieht die russische Seite keinen Bedarf mehr für eine derartige Investition, da ihr die *Nordstream-Pipeline* den Gastransport nach Westeuropa unter Umgehung der Transitländer sichert. Jedes Mal, wenn der Gasexport aufgrund eines Konfliktes mit einem der Transitländer unterbrochen wird, wird die Diskussion um die Energiesicherheit entfacht, welche vor allem als Verringerung der Abhängigkeit von Russland verstanden wird.

Die wachsenden Abhängigkeiten zwischen den Staaten erfordern daher Entscheidungen nicht ausschließlich auf nationaler, sondern auch auf EU-Ebene. Polen ist aufgrund seiner Bedenken gegenüber Russland ein energischer Befürworter einer gemeinsamen Energiepolitik.<sup>11</sup> Präsident Lech Kaczyński betrachtet die Aufnahme des Grundsatzes der Solidarität in Energiefragen in die Lissaboner Verträge als seinen persönlichen Erfolg. Am Ende blieben seine Bemühungen allerdings nur halb erfolgreich, da das Vorgehen der Mitgliedstaaten weiterhin nicht koordiniert wird. Dies wird von Russland gern ausgenutzt, welches auf bilaterale Vereinbarungen setzt, um die Russland unterstützenden Staaten belohnen zu können und diejenigen zu bestrafen, die vor russischer Dominanz warnen.<sup>12</sup>

Die Ausrichtung Polens auf die Kohleverstromung macht enorme Investitionen in die Erschließung neuer Vorkommen notwendig. Die Lage wird dadurch verkompliziert, dass neue

11 Die dominierende Strömung in der polnischen Diskussion fordert allerdings gerade die Stärkung der Unabhängigkeit von Russland. Gleichzeitig ist zu erwähnen, dass der Termin nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Diversifizierung der Bezugsquellen, sondern auch im Kontext der Entwicklung neuer Technologien zur Energieerzeugung, vor allem aus regenerativen Energien, zu sehen ist.

12 Es genügt, die Raffinerie in Możejki zu erwähnen, welche nach der Übernahme durch PKN Orlen keine Rohstofflieferungen erhält, was die russische Seite mit der Notwendigkeit von Reparaturarbeiten begründet. Um die Übernahme der Raffinerie hatte sich auch Russland bemüht. Immer häufiger ist vom Verkauf eines Werks in Litauen an Russland die Rede. Über diese Option informierte unlängst die „Dziennik-Gazeta Prawna“, indem sie daran erinnerte, dass die litauische Seite das Ultimatum der polnischen Seite nicht erfüllt hätte, welches die Instandsetzung der Gleise zur Raffinerie und die Senkung der Schienentransportgebühren, über welchen der Rohstoff angeliefert wird, betrifft (vgl. Duszczyk 2010).

Kraftwerksblöcke gebaut und bestehende aufgrund des steigenden Energiebedarfs saniert werden müssen. Vorsichtige Schätzungen gehen von einer notwendigen Erhöhung der Kraftwerksleistung von 10.000 MW in den kommenden Jahrzehnten aus. Gemäß dem Bericht „*Energy and CO<sub>2</sub> emissions scenarios of Poland*“, der durch die Internationale Energieagentur erstellt wird, wird der Energiebedarf in Polen bis 2030 um 0,7 % steigen (vgl. OECD/IEA 2010). Diese Daten sind im Zusammenhang mit dem zweifach höheren spezifischen Energieverbrauch der polnischen Wirtschaft im Vergleich zum europäischen Mittel zu sehen. Nach Vorhersagen soll dieser sich um 2,7 % im Jahr verringern, so dass er im Jahr 2030 lediglich um 5 % höher wird. Dies erfordert jedoch Investitionen in den Energiesektor in Höhe von 1,3 % des BIP jährlich (bzw. 195 Mrd. EUR bis 2030), wovon ca. 2/3 auf den Bau von Kraftwerksblöcken mit einer Leistung von 92 GW entfallen. Der Anteil der Kohleverstromung an der Stromproduktion wird 67 % im Jahr 2030 gegenüber 93 % im Jahr 2008 betragen (143 TWh – 2008, 150 TWh – 2030) (vgl. Domagała 2008: 34f.).

2020 soll der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung 17 % betragen. 1,6 GW elektrische Leistung sollen 2030 aus Kernkraft erzeugt werden, was 5 % der Gesamtstromerzeugung ausmachen würde. Auf den Energieverbrauch wird sich ebenfalls die Zahl von Kfz auswirken, die sich bis 2030 verdoppeln soll (vgl. OECD/IEA 2010).

Zu den Instrumenten, welche die Energiesicherheit gewährleisten, gehören die Diversifizierung der Energiequellen, der Abschluss internationaler Abkommen, die das supranationale Energiesystem regulieren, die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen, der Abschluss langfristiger Lieferverträge für Energie, Zugangsbeschränkungen für ausländische Unternehmen zum nationalen Energiemarkt, die Sicherung von Energiereserven, eine angemessene Aufsicht und Regulierung des Energiemarktes, eine geeignete Eigentümerstruktur für Energieunternehmen sowie eine leistungsfähige Infrastruktur zur Energieerzeugung und für die Leitungsnetze (vgl. Domagała 2008: 34f.).

Zu den bereits beschlossenen Projekten zählen:

- + der Bau des LNG-Terminals im Hafen von Świnoujście, der mit Flüssiggas beliefert wird;
- + die Erdgasleitung Baltic Pipe, welche über Dänemark die Lagerstätten auf dem norwegischen Kontinentalschelf mit Polen verbinden sollen;
- + die Erdgasleitung Nabucco, welche Gas transportieren soll, das nicht aus Russland stammt;
- + die Verbindungen mit dem Gasleitungsnetz benachbarter Staaten;
- + das Programm für Atomenergie;
- + die Erhöhung der Gasförderung aus inländischen Lagerstätten;
- + die Forschung zu neuen Technologien des Kohleabbaus, darunter zur Kohlevergasung;
- + die Gewinnung von Schiefergas.

Besonders das letztgenannte Projekt weckt viele Emotionen. Vielleicht ist dies den Medien geschuldet, welche für den Fall des Förderbeginns von einem zweiten Karthago sprachen. Vielversprechend sind Schätzungen, die davon ausgehen, dass unkonventionelle Lagerstätten (z. B. Schiefer und fest in Lagerstätten eingeschlossenes Erdgas) ergiebiger sind als konventionelle. Die Schürfrechte erhielten unter anderem bereits Konzerne wie die *Chevron Corporation* oder *Exxon Mobil*. Wenn die Vorräte bestätigt werden, kann in einigen Jahren deren Förderung beginnen.

### Maßnahmen auf nationaler Ebene

Das wichtigste, die Energiesicherheit betreffende Dokument ist die 2009 durch das Ministerium für Wirtschaft erarbeitete „Energiepolitik Polens bis zum Jahr 2030“ (vgl. Ministerstwo Gospodarki 2009). Es weist folgende Richtungen der Energiepolitik aus:

- + Verbesserung der Energieeffizienz;
- + Steigerung der Liefersicherheit von Brennstoffen und Energie;
- + Diversifizierung der Stromerzeugung durch die Einführung der Atomenergie;
- + Ausbau der erneuerbaren Energien;
- + Entwicklung konkurrenzfähiger Brennstoff- und Energiemärkte;
- + Reduktion schädlicher Umweltwirkungen in der Energiewirtschaft.

Die erste Richtung hat das weitaus größte Potenzial und genießt daher Priorität. Wirtschaftswachstum in Polen soll ohne zusätzlichen Energiebedarf ermöglicht werden. Der Energiebedarf der polnischen Wirtschaft soll auf den EU15-Durchschnitt gesenkt werden. Das zentrale Problem sind dabei die Leitungsnetze, welche insbesondere beim Neubau enorme Investitionen erfordern. Es bleibt wichtig, in der Öffentlichkeitsarbeit für die effiziente Nutzung von Energie durch die polnischen Bürger zu werben.

Das zweite Handlungsfeld widmet der unvorteilhaften Abhängigkeit der Wirtschaft vom Gas- (über 70%) bzw. Ölimport (über 95%) besondere Aufmerksamkeit. Eine Schlüsselrolle kommt implizit der Sicherstellung der Gas- und Ölversorgung sowie der Diversifizierung der Bezugsquellen zu. Da die Kohle weiterhin der wesentliche Rohstoff für die Stromerzeugung bleibt, wird auf die Notwendigkeit rationeller Nutzung der Kohlevorkommen, die Suche nach neuen Lagerstätten, die Kohleverstromung unter Anwendung emissionsarmer Technologien und die Nutzung des in den Bergwerken freigesetzten Methangases hingewiesen. In begründeten Fällen können Kohleunternehmen privatisiert sowie die Ausgaben für die Erforschung neuer Kohleflöze erhöht werden. Für das Erdgas betont die Strategie die Notwendigkeit, die Energiesicherheit durch Diversifizierung der Bezugsquellen und -regionen, Steigerung der Förderung in Vorkommen außerhalb Polens sowie Erhöhung der einsetzbaren Ressourcen zu gewährleisten. Weiterhin sei es notwendig, die Erdgas-Speicherkapazitäten zu erhöhen, das Leitungsnetz<sup>13</sup>

13 Hier sollen bessere Verbindungen mit anderen Leitungsnetzen die Rohstoffversorgung

auszubauen sowie Technologien zur Kohlevergasung und der Nutzung oberflächennahen Methans zu entwickeln. Notwendig ist die umgehende Errichtung eines Flüssiggasterminals (LNG)<sup>14</sup> und der Abschluss eines Vertrages zu den Gaslieferungen aus dem Norden.

Im Fall des Erdöls zielen die polnische Strategie auf die Diversifizierung der Bezugsquellen und -richtungen sowie den Bau von Speicherkapazitäten, um eine dauerhafte Versorgung auch im Krisenfall zu sichern. Der Umsetzung des ersten Ziels dient der Bau einer Pipeline, die Erdöl aus dem Gebiet des Kaspischen Meeres transportiert. Wichtig bleiben das Halten von Anteilen im Erdölsektor durch den Staat sowie Maßnahmen gegen feindliche Übernahmen in diesem Sektor.

Als eine Möglichkeit zur Lösung der energiepolitischen Herausforderungen wird auf die Notwendigkeit verwiesen, Kernkraftwerke in Polen zu bauen. Die gilt besonders, da die EU (in Übereinstimmung mit dem Klima- und Energiepaket) eine Energieerzeugung fördert, die den Kohlendioxidausstoß in die Atmosphäre verringert. In der „Energiepolitik bis 2030“ wird als Termin für die Inbetriebnahme des ersten polnischen Kernkraftwerkes das Jahr 2020 genannt.<sup>15</sup> Es ist darauf hinzuweisen, dass das Atomprogramm nicht nur den Bau neuer Kernkraftwerke beinhaltet, sondern auch die Ausbildung von Fachkräften für deren Betrieb sowie einen Plan zur Öffentlichkeitsarbeit, um die Akzeptanz für die Kernkraft in Polen zu erhöhen. Berücksichtigt man dies alles, erscheint ein zehnjähriger Zeitraum, in welchem bei vollständigem Einsatz der beteiligten Behörden dieses Ziel realisiert werden kann, als das Minimum.<sup>16</sup>

Im vierten Handlungsfeld soll der Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch im Jahr 2020 auf 15 % und zehn Jahre später auf 20 % steigen. Im Jahr 2020 sollen Biokraftstoffe

aus Norden, Westen, Süden und Osten sicherstellen.

14 Das LNG-Terminal in Świnoujście soll 2014 in Betrieb genommen werden.

15 Diesen Termin nannte Piotr Naimski (Staatssekretär im Wirtschaftsministerium) ebenso wie Piotr Urbański (Vorstandsvorsitzender der Polnischen Energiegruppe) (Polskiej Grupy Energetycznej), die das Kraftwerk bauen soll (vgl. Bojanowicz 2006, Chojnacki 2008).

16 Die Regierungsbevollmächtigte für Kernkraft und stellvertretende Wirtschaftsministerin, Hanna Trojanowska, gab bekannt, dass von den 28 potenziell geeigneten Standorte Żarnowiec am besten bewertet wurde, auf dem zweiten Platz Warta-Klempicz liegt und als nächstgeeigneter Standort Kopań in Frage kommt.



10 % Anteil am Kraftstoffmarkt erreichen. Zudem sollen die Wälder vor übermäßiger Nutzung geschützt werden. Die Realisierung dieser Grundsätze soll durch die Förderung von Erzeugern erneuerbarer Energien, die Verlängerung der Befreiung dieser Energien von der Umsatzsteuer, die Schaffung optimaler Bedingungen für den Bau von *Offshore*-Windparks sowie die Schaffung weiterer landwirtschaftlicher Biogasanlagen erfolgen. Im Jahr 2020 soll im Schnitt eine dieser Anlagen in jeder Gemeinde vorhanden sein.

Das fünfte Handlungsfeld bezieht sich insbesondere auf die Diversifizierung der Energiequellen und Versorgungsleitungen für Erdöl, Gas und Flüssiggas sowie die Förderung der Marktkräfte am Energiemarkt, darunter durch den Abbau von Barrieren beim Wechsel der Gas- und Stromversorgung. Kraftstoff- und Energiepreise sollen in einer Art und Weise reguliert werden, welche die Interessen aller Marktteilnehmer ausgleicht.

Im letzten Handlungsfeld wird die Begrenzung der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf ein Niveau angestrebt, welches die Energiesicherheit nicht gefährdet. Insbesondere das Gleichgewicht zwischen Energieangebot und -nachfrage soll erhalten bleiben. Technologische Lösungen, welche die Energiesicherheit verringern, indem sie das Wirtschaftswachstum zu stark vom Energie- und Brennstoffimport abhängig machen, sollen nicht weiter verfolgt werden. Darüber hinaus sollen die Schwefeldioxid-, Stickoxid- und Staubemissionen auf das derzeit bzw. in Zukunft durch EU-Recht erlaubte Niveau gesenkt werden.

Die Struktur des Energiesektors verändert sich, das Gewicht emissionsarmer Erzeugungsformen nimmt zu. Die Umsetzung dieser Grundsätze verlangt den Aufbau eines Systems zur Kontrolle der nationalen Grenzen für Treibhausgase und andere Substanzen. Die Einnahmen aus dem Verkauf von CO<sub>2</sub>-Emissionsrechten<sup>17</sup> sind für die Unterstützung von Maßnahmen zur Begrenzung des Ausstoßes von Treibhausgasen vorgesehen. Vorgesehen ist ebenfalls die Förderung der Erforschung der CCS-Technologie.

Die den Energiesektor betreffenden Maßnahmen liegen in der Kompetenz der Regierung, vor allem des Wirtschaftsministeriums. Der Beraterstab, der die Regierung in Fragen der En-

17 Das Versteigerungssystem soll bis zum Jahr 2020 vollständig umgesetzt sein.

ergiesicherheit beriet, wurde allerdings durch Premierminister Donald Tusk aufgelöst. Als beratendes Gremium trat es lediglich in Krisensituationen zusammen. Dieses Gremium wurde durch ein interdisziplinäres Team ersetzt, welches sich mit der Umsetzung der Energiepolitik bis 2030 befasst.

Die Maßnahmen der Regierung zur Sicherung der Gasversorgung hat das Büro für Nationale Sicherheit in seinem Bericht „Bewertung von Maßnahmen der polnischen Regierungsverwaltung und von Energieunternehmen zur Gewährleistung der nationalen Energiesicherheit im Bereich Erdgas“ vom November 2009 beschrieben. Hintergrund des Berichts war der Gaskonflikt zwischen Russland und der Ukraine, der im Januar 2009 ausbrach und in der Unterbrechung der Gaslieferungen nach Polen gipfelte. Die Autoren weisen auf zahlreiche zentrale Fragen hin, welche die Grundlage für weitere Maßnahmen der Regierung werden sollten.

Das in Świnoujście erbaute für die polnische Energiesicherheit wesentliche LNG-Terminal kann sich allerdings aufgrund zu geringer Lieferungen aus Katar<sup>18</sup> sowie der Marktsättigung nach einem Ausbau der Verbindung mit Gasversorgungssystemen in Nachbarstaaten als Fehlinvestition erweisen. Die unvollständige Ausnutzung seines Potenzials könnte sich negativ auf dessen Rentabilität auswirken. Zudem wird auch die Notwendigkeit, Abnehmer für das Flüssiggas zu finden, als Gefahr für die später als geplant realisierte Investition angesehen. Die Verbindung des polnischen mit dem deutschen Gasverteilungssystem<sup>19</sup> ermöglicht den Transport russischen Gases, was die polnische Energiesicherheit gefährden könnte. Dies sollte daher nicht erfolgen, bevor der Bau des Gashafens und der Erdgasleitung *Baltic Pipe* abgeschlossen sind. Diese Verbindung stellt keine Diversifizierung der Bezugsquellen wie der Gasliefervertrag mit Deutschland dar, sondern lediglich der Bezugswege.

Als eine der wesentlichen Bedrohungen der Energiesicherheit Polens sieht der o. g. Bericht die Erdgasleitung *Nord Stream* an, welcher den „Ring der Erdgasleitungen“ schließt, der russisches

18 Der 2009 unterschriebene Vertrag sichert danach lediglich 27% der jährlichen Kapazitäten des Terminals.

19 Die Erdgasleitung Berlin-Szczecin wird Gas aus der Erdgasleitung Nord Stream und der Anschlussleitung Opal bereitstellen.

Gas nach Europa transportiert. Dies erschwert den Kauf von Gas, das nicht aus Russland stammt. Diese Option würde eine Verbindung mit Österreich eröffnen, indem diese die Anbindung an die Erdgasleitung *Nabucco* herstellt, die die Türkei mit Österreich verbindet und Zugang zu den Ressourcen aus dem Kaspischen Meer erlaubt.<sup>20</sup> Bis 2011 soll der Bau der Erdgasleitung *Moravia* zwischen Polen und der Tschechischen Republik abgeschlossen sein, die allerdings wahrscheinlich auch russisches Gas transportieren wird.

## Aktivitäten im Rahmen der Europäischen Union

Gegenwärtig deckt die Europäische Union ihren Energiebedarf mehr als zur Hälfte aus Importen. Bis 2030 wird dieser Anteil gemäß der Europäischen Sicherheitsstrategie auf 70 % steigen. Diese Prognose macht eine gemeinsame Energiepolitik nötig, die eine dauerhafte Rohstoffversorgung der Mitgliedstaaten zu akzeptablen Preisen, die Entwicklung alternativer energetischer Bezugsquellen sowie intensivere Anstrengungen zur Steigerung der Energieeffizienz der Industrie als auch der Privathaushalte garantiert.

Den Entwurf einer gemeinsamen Energiepolitik kann man der Europäischen Energiecharta entnehmen, die 1991 unterzeichnet wurde. Diese ging allerdings nie über den Status einer Erklärung hinaus und musste am Ende auch nicht durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden. Es ist jedoch auf darin enthaltene Bestimmungen hinzuweisen:

- + die Schaffung eines wettbewerbsfähigen Energiemarktes;
- + den wechselseitig freien Zugang zu den Energiemärkten der Unterzeichnerstaaten;

20 Ein gewisses Problem ist die Beteiligung von Unternehmen an der Erdgasleitung Nabucco, welche ebenfalls an der konkurrierenden russischen Leitung South Stream beteiligt sind. Es handelt sich um die italienische ENI und die österreichische OMV. Verspätungen in der Umsetzung von Nabucco stellen diese infrage, wenn man berücksichtigt, dass beide Leitungen an der gleichen Stelle in Österreich zusammentreffen.

- + den gleichberechtigten, auf den Markgesetzen beruhenden Zugang zu Energieressourcen,
- + den vereinfachten Zugang zu Leitungsnetzen für den internationalen Transit;
- + die Förderung des Zugangs zu Kapital;
- + die rechtlichen Garantien für die Übertragung von Gewinnen aus dem operativen Geschäft;
- + die Koordinierung der nationalen Energiepolitiken;
- + den gegenseitigen Zugang zu technischen und wirtschaftlichen Daten;
- + die gesonderten Verhandlungen mit den Einzelstaaten über die Bedingungen zur Erfolgskontrolle der in der Charta enthaltenen Bestimmungen.

Selbst der 1994 unterzeichnete Vertrag über die Energiecharta stellte trotz der Einführung von Mechanismen, welche der Unterbrechung der Gaslieferungen infolge eines zwischenstaatlichen Konflikts vorbeugen sollten, keinen realen Schritt zu einer gemeinsamen Energiepolitik dar, da Russland nicht bereit war, diese Vereinbarung zu ratifizieren.

Das Grünbuch „Europäische Strategie für eine nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie“ aus dem Jahre 2006 zeigt, dass in den kommenden 20 Jahren Investitionen in Höhe von einer Billion Euro in den Energiesektor erforderlich sein werden (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2006). Zu den wichtigsten Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht, zählen die Wettbewerbsfähigkeit und der Binnenmarkt für Energie, die Differenzierung der Energiearten, die Solidarität, die nachhaltige Entwicklung und die Außenpolitik. Aus Sicht der von Polen vorgebrachten Fragen sind die Festlegungen zur Umsetzung der gemeinsamen Außenpolitik am wichtigsten, schließlich – so sagt das Grünbuch – ist diese erforderlich, um eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Energiesicherheit zu gewährleisten.

Das Grünbuch erwähnt die Notwendigkeit des Baus neuer Erdgas- und Erdölleitungen sowie von LNG-Terminals aber ebenso das Erfordernis, Erdgas aus den Regionen des Kaspischen Meeres, Nordafrikas und des Nahen Ostens zu importieren. Es

wurden auch die Staaten benannt, mit welchen die EU im Rahmen der paneuropäischen Union eine engere Zusammenarbeit aufnehmen sollte. Dabei könnten die Türkei und die Ukraine dem Vertrag zur Energiegemeinschaft Südosteuropas beitreten, es werden auch Algerien, die Staaten am Kaspischen Meer sowie Norwegen erwähnt. Bezüglich des Erdöls werden die Lagerstätten im Kaspischen Meer aufgeführt, die über die Ukraine in die EU transportiert werden könnten. Im Grünbuch ist auch von einer gemeinsamen EU-Politik gegenüber Russland die Rede sowie von einer Energiecharta mit Russland, die als prioritär angesehen wird.

Polen ist besonders an den im Grünbuch angesprochenen Instrumenten interessiert, welche eine angemessene Antwort auf externe Bedrohungen (z. B. durch Lieferunterbrechung) ermöglichen. Eine gemeinsame Energieaußenpolitik ermöglicht die Einbeziehung von Energiefragen in die Außenbeziehungen zu Drittländern. In den Schlussfolgerungen wird auf drei Ziele der europäischen Energiepolitik verwiesen: Nachhaltigkeit, Konkurrenzfähigkeit und Sicherheit der Energieversorgung. Die Stellungnahme der polnischen Regierung zum Grünbuch (vgl. Księga 2010) enthält eine Reihe von Detailfragen, unter anderem die nach den für die Vorbeugung bzw. Bewältigung von Energiekrisen bereitzuhaltenden Mittel der Gemeinschaft. Die polnische Regierung macht deutlich, dass die Verbesserung der Energiesicherheit einen Mechanismus benötigt, der unverzügliche Krisenreaktionen ermöglicht. Sie schlägt die Schaffung eines intergouvernementalen Mechanismus vor, welcher der Solidarität aller Mitgliedstaaten verpflichtet wäre.

Diesem Ziel würden auch die von der EU definierten minimalen Speichervorräte dienen. Als sinnvoll erachtet Polen auch grenzüberschreitende Verbindungen, welche im Krisenfall genutzt werden könnten. Diese Lösungen wären ein echter Schritt in Richtung der Realisierung der Idee „einer für alle – alle für einen“, auf welcher die Energiepolitik der EU aufbauen sollte. Im Zusammenhang mit den Fragen einer Energieaußenpolitik verwies Polen auf die Notwendigkeit, eine Diskussion zwischen den Mitgliedstaaten zu den einzelstaatlichen Prioritäten zu führen, um so einen Problem- und Prioritätenkatalog aufstellen zu

können. In Bezug auf die bestehende Abhängigkeit aus instabilen Drittstaaten bzw. Staaten, die ihre Ressourcen als außenpolitisches Instrument einsetzen, sollte über die energetische Dimension der europäischen Nachbarschaftspolitik nachgedacht werden.

Aus Sicht der durch Polen erhobenen Forderungen kann die Aufnahme des Titels XXI zur Energiewirtschaft in den Vertrag zur Arbeitsweise der Europäischen Union als Erfolg gewertet werden. In dessen Artikel 194 wird festgelegt, dass die EU-Politik im Geist der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten die Gewährleistung eines funktionierenden Energiemarktes und einer funktionierenden Energieversorgung, die Schaffung von Verbindungen zwischen den Energieleitungsnetzen, die Förderung der Energieeffizienz, die Energieeinsparung und die Förderung erneuerbarer Energien unterstützen wird. Im Artikel 122 erwähnt der Vertrag die Möglichkeit des Rates, im Fall von Versorgungsschwierigkeiten auf Antrag der Kommission der wirtschaftlichen Situation angemessene Mittel mit einigen Produkten zu ergreifen, vor allem im Bereich Energie.

Trotz dieser Maßnahmen ist die Energiepolitik weiterhin eine nationale Domäne, da es schwierig ist, die verschiedenen nationalen Interessen abzustimmen. Frankreich, dessen Stromerzeugung nahezu vollständig aus Kernkraft erfolgt, ist an einer gemeinsamen Energiepolitik viel weniger interessiert als zum Beispiel die baltischen Staaten, die fast vollständig von Stromlieferungen aus Russland abhängig sind. Zudem versteht Frankreich die Angst vor einer übermäßigen Abhängigkeit von Russland nicht. Polen produziert den größten Teil seines Stromes aus der Steinkohle. Daher erfordern alle emissionsmindernden Maßnahmen von Polen deutlich stärkere Anstrengungen als von anderen Staaten. Großbritannien importiert Gas überwiegend aus Norwegen bzw. Nordafrika und nicht aus Russland. Alle diese Faktoren erleichtern Russland eine Politik, die auf bilaterale Vereinbarungen baut und daher die EU nicht als einen Kontrahenten ansehen muss. Auf jeden Versuch einer schärferen Politik reagiert es mit der Drohung, sich stärker in Richtung Osten zu orientieren und Europa von der Ressourcenversorgung abzukoppeln. Obwohl China

heute die meiste Energie verbraucht, bleibt Westeuropa der beste und sicherste Kunde der russischen Unternehmen.

Die „Energiepolitik bis zum Jahr 2030“ zeigt Maßnahmen, welche die polnische Regierung auf EU-Ebene ergreifen wird. Hervorzuheben sind der Bau internationaler Infrastrukturen zum Erdöltransport aus Mitteleuropa in die Mitgliedstaaten (insbesondere die Erdölleitung Odessa-Brody nach Plock), die Ratifizierung der Energiecharta und die Unterzeichnung des dazugehörigen Durchleitungsprotokolls, den Ausbau der Verbindungen Polens mit dem Stromnetz der benachbarten Staaten, der Bau von Anlagen zur Diversifizierung der Erdgaslieferungen nach Polen (LNG-Terminal an der Küste, Verbindung der Erdgasleitungen mit dem norwegischen Kontinentalschelf).<sup>21</sup>

Die wichtigste Forderung Polens auf europäischer Ebene ist allerdings die Schaffung von Grundsätzen einer multilateralen Politik der EU sowie der Aufbau von Systemen zur Energiesicherheit innerhalb der EU. Die Umsetzung dieser Forderungen ist im strategischen Interesse Polens, welches Wirtschaftswachstum durch die Gewährleistung der Energiesicherheit ermöglichen soll.

Die wichtigste Frage in Sachen Energie bleibt weiterhin Russland, auch wenn die EU mit immer größerem Interesse auf die Region des Kaspischen Meeres schaut und immer häufiger auf die Notwendigkeit der Aufnahme strategischer Beziehungen mit Kasachstan, Turkmenistan und Aserbaidschan hinweist.

## Unabhängige Aktivitäten auf internationaler Bühne

Polen hat auch darüber hinaus eigene Maßnahmen ergriffen, um die Energiesicherheit zu gewährleisten. Noch vor dem EU-Beitritt

21 Der Bau der Pipeline Skanled wurde allerdings abgebrochen, was sich negativ auf die Realisierungen der Baltic Pipe zwischen Polen und Dänemark auswirkt (diese sollte das polnische Leitungsnetz mit dem schwedischen und norwegischen Netz verbinden, das Gas aber sollte aus Vorkommen der Polnischen Erdöl- und Erdgasfördergesellschaft – Polskiego Górnictwa Naftowego i Gazownictwa – stammen). Dies resultierte aus dem Rückzug der E.ON Ruhrgas, welches gleichzeitig Anteilseigner an der Erdgasleitung Nord Stream und an Gazprom selbst ist. Im Juni 2010 hat der neue Betreiber auf polnischer Seite (Gaz-System) informiert, dass das Projekt Baltic Pipe von der EU im Rahmen des Projektes TEN-E 2009 gefördert wird. Bisher wurde das Projekt mit einer Summe von 3,19 Mio. EUR im Rahmen desselben Programms gefördert. (vgl. Pressemitteilung Gaz-System 2010).

war es daran interessiert, Erdgas aus dem Norden zu beziehen. Dies fand seinen Ausdruck in der Unterzeichnung einer Vereinbarung mit Norwegen und Dänemark im Jahre 2001, die nachfolgende Regierung setzte dieses Projekt jedoch nicht um. Die Investitionszurückhaltung wurde durch die hohen Kosten und die vergleichsweise geringe Durchleitungskapazität der geplanten Erdgasleitung erklärt. Aus polnischer Sicht hätte dies allerdings eine echte Diversifizierung der Bezugsquellen bedeutet.

Polen zeigte auch in Richtung Osten Interesse, insbesondere an den Ressourcen aus der Region des Kaspischen Meeres. Besonders aktiv war Präsident Lech Kaczyński, der seine Anstrengungen auf den Abschluss von Energielieferverträgen mit Aserbaidshan, Turkmenistan und Kasachstan konzentrierte. Als Präsident Lech Kaczyński 2007 nach Kasachstan reiste, begleiteten ihn Vertreter von PKN Orlen, der Lotos-Gruppe und der Polnischen Erdölbergbau und Gas-Aktiengesellschaft (PGNiG). Es wurde erklärt, dass Polen seine Energiesicherheit dank kaspischen Öls sichere, es wurde sogar der Termin genannt, zu welchem das Erdöl – dank neuer Erdölleitungen – nach Polen gelangen sollte. Während des Besuchs erklärte Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew jedoch unerwartet, dass die Bedingung für jede Zusammenarbeit die Beteiligung Russlands sei, was das Ende der polnischen Pläne bedeutete. Trotz des Scheiterns war der Versuch begründet, da Kasachstan nicht nur große Erdöl- sondern auch Erdgasressourcen besitzt. Das Erdöl wird durch Leitungen auf dem Meeresboden nach Aserbaidshan transportiert und kann von dort mit Tankern auf den europäischen Markt gelangen.

Auch Turkmenistan ist in diesem Zusammenhang ein interessantes Land. Die zentralasiatischen autoritären Regierungen liegen allerdings in der Interessensphäre Russlands und Chinas, die für ihre Unterstützung großes Entgegenkommen erwarten können. Russland kann Erdgas unter Marktpreis einkaufen, China nutzt seit kurzem eine Erdgasleitung, die aus Turkmenistan über Usbekistan und Kasachstan führt. Diese Entwicklung ist deshalb so bedeutsam, da damit Turkmenistan erstmals den Rohstoffexport über eine Erdgasleitung abwickelt, die nicht auf dem Territorium Russlands liegt. Als wichtigster Energiever-



braucher ist China ein wichtiger Kunde, der nahezu jede Rohstoffmenge abnehmen kann. Der Iran ist ebenfalls an Erdgas aus Turkmenistan interessiert, daher sollte die EU in diesem Land stärker in Erscheinung treten.

Im Jahr 2008 hat Polen eine Vereinbarung mit der Ukraine zur Verlängerung der Erdölleitung Odessa-Brody über Płock nach Gdańsk unterzeichnet. Das würde den Transport kaspischen Öls nach Europa ermöglichen (insbesondere nach Deutschland, die baltischen Staaten, Polen, Ukraine, Tschechien und die Slowakei). Heute fließt das Öl in umgekehrter Richtung von Brody nach Odessa. Der das Projekt ausführenden Firma *Nowa Sarmatia* gelang es, Kofinanzierung durch die EU einzuwerben, die letzten Turbulenzen in ihrer Führung (im Juni hat deren Präsident Marcin Jastrzębski seinen Rücktritt eingereicht) sollten allerdings beunruhigen. Präsident Jastrzębski hatte versprochen, dass die Erdölleitung mit dem aus Aserbaidschan stammenden Öl im Jahr 2014 eröffnet wird.

Alle von Polen ergriffenen Maßnahmen, um die Abhängigkeit von Russland zu verringern, sind schwierig, obwohl das Land seit dem Zerfall der UdSSR die Kontrolle über zahlreiche Verbindungen verloren hat, welche Ressourcen nach Westeuropa transportieren. Seitdem verlaufen die Leitungen durch Länder, die nicht alle mit Russland befreundet sind, was dieses auf alle erdenkliche Weise versucht zu verhindern. Auch wenn Russland dies nicht zugeben möchte: Die Erdgasleitung Nord Stream scheint eine Initiative zu sein, um gerade Transitländer auszuschließen, die den Rohstofftransport blockieren könnten. Dies wurde während eines Vortrags von Professor Walerij Musin mit dem Titel „Gazprom, Nord Stream, South Stream und die Energiesicherheit Europas“ eindrucksvoll deutlich, der im Mai 2010 an der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznan gehalten wurde. Als Rechtsanwalt und Mitglied des Aufsichtsrates von Gazprom argumentierte er, dass die Rohrleitung, die Russland mit Deutschland unter Umgehung der Ukraine und Polen verbindet, im Grundsatz ein europäisches Projekt ist, da es dem Kontinent die Rohstoffversorgung sichert. Dank dieser Investition schaltet Russland aber Transitländer aus, insbesondere die Ukraine. Im-

mer öfter kommt es aber auch zu Meinungsverschiedenheiten mit Weißrussland. In ähnlicher Weise ist der Bau der Erdölleitung BTS-2 zu sehen, welcher Russland weniger abhängig von der Erdölleitung Freundschaft machen soll, welche über Weißrussland und die Ukraine verläuft. Dank der in großem Stil realisierten Investition in den Hafen in Ust Luga an der estnischen Grenze wird das Öl mit Tankern nach Westeuropa transportiert.

Polen verfolgt eine vielseitige Politik, um die Energiesicherheit zu sichern. Sie umfasst Maßnahmen auf der Ebene der Europäischen Union und in der Innenpolitik. Auch eigenständige Maßnahmen wurden unternommen, obwohl sie in Kasachstan nicht von Erfolg gekrönt waren. Weitere Versuche, zum Beispiel Verbindungsleitungen, welche polnische Systeme mit denen benachbarter Staaten verbinden, bedeuten lediglich eine Diversifizierung des Transportweges, aber nicht der Förderquellen.

Es scheint, dass die beste Absicherung der wirtschaftlichen Interessen eine gemeinsame Politik der EU-Mitgliedstaaten in diesem Bereich ist, die die gemeinsame Verhandlung von Verträgen, Energiesolidarität im Fall von Streitigkeiten um Lieferungen und Förderung von Energieprojekten beinhaltet. Es ist darauf hinzuweisen, dass Polens Energiewirtschaft große Investitionen erfordert, wobei der hohe Energieverbrauch der Wirtschaft die Energiebilanz noch zusätzlich verschlechtert. Die Ansprüche des Energie- und Klimapaketes könnten sich als schwierig umzusetzen erweisen und machen es notwendig, Kosten für den Kauf von zusätzlichen Emissionszertifikaten aufzubringen.

Nicht unerwähnt bleiben sollten auch die globalen Faktoren, die den Energiemarkt beeinflussen. China konsumiert immer mehr Energie, Indien steht dem kaum nach. Für die Wirtschaftsentwicklung hat dieser Trend noch ausgeprägtere Folgen. Die Wirtschaftskrise hat dazu geführt, dass der Energiebedarf Westeuropas abgenommen hat, was sich negativ auf den Gasexport durch Gazprom auswirkte.<sup>22</sup> Auf den geringeren Bedarf hatten auch die gestiegene Nutzung von Flüssiggas innerhalb der EU und die Erhöhung der LNG-Produktion durch die Exportländer ihren Einfluss. Es sollte auch erwähnt werden, dass die Nachfrage nach Rohstoffen

22 Im Jahr 2009 fiel der Export um 11,4%. (vgl. Gazprom 2010).

aus unkonventionellen Lagerstätten gestiegen ist, was in Zukunft die Nachfrage nach dem Rohstoff aus Russland verändern könnte.

Zu beantworten ist auch die Frage, ob Energiesicherheit als Sicherheit der Lieferungen oder eher als Sicherheit dafür verstanden wird, dass die Lieferungen nicht aus Russland stammen. Schließlich wird das vom Grundsatz her ökonomische Problem zu stark politisiert und mit Angst vor Russland vermischt, während gleichzeitig gerne das Investitionsrisiko, die Rentabilität, ihre Kosten und ihre Notwendigkeit vergessen werden. Alles im Namen des höheren Ziels – der stärkeren Unabhängigkeit von Lieferungen aus Russland.

## Literatur

- Blaschke, W. (2008): Technologie Czystego Węgla rozpoczynają się od jego wzbogacania; in: „Polityka energetyczna”, Nr. 11/2008, Heft 2, Kraków.
- Bojanowicz, J. (2006): Polubić atom: kiedy w Polsce powstanie elektrownia jądrowa? „Fakty” vom 18. August 2006.
- Chojnacki, I. (2008): Elektrownię atomową w Polsce trzeba wybudować, „Gazeta prawna” vom 19. Juni 2008.
- Domagała, M. (2008): Bezpieczeństwo energetyczne. Aspekty administracyjno-prawne, Lublin.
- Duszczyk, M. (2010): Orlen może szybko wyjść z Litwy, „Dziennik-Gazeta Prawna” vom 8. Juli 2010.
- Frączek, P. (2010): Rola gazu ziemnego w polityce energetycznej Polski: stan obecny i perspektywy; in: „Polityka energetyczna”, Band 13/2010, Heft 1, Kraków.
- Gazprom (2010): gaz łupkowy może zmienić światowy rynek gazowy, Wirtualny Nowy Przemysł, [http://gazownictwo.wnp.pl/gazprom-gaz-lupkowy-moze-zmienic-swiatowy-rynek-gazowy,100123\\_1\\_0\\_0.html](http://gazownictwo.wnp.pl/gazprom-gaz-lupkowy-moze-zmienic-swiatowy-rynek-gazowy,100123_1_0_0.html), Zugriff 15. Juni 2010.
- Janusz, P. (2010): Zasoby gazu ziemnego w Polsce jako czynnik poprawiający bezpieczeństwo energetyczne, na tle wybranych państw UE; in: „Polityka energetyczna”, Band 13/2010, Heft 1, Kraków.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006): Grünbuch. Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie. KOM(2006) 105 endgültig <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2006:0105:FIN:DE:PDF>.
- Księga, Z. (2010): „Europejska strategia na rzecz zrównoważonej, konkurencyjnej i bezpiecznej energii” - Stanowisko Rządu. <http://www.mg.gov.pl/Gospodarka/Energetyka/Archiwum/Zielona+ksi%C4%99ga.htm>, veröffentlicht am 15. Juni 2010.
- Ministerstwo Gospodarki (2009): Polityka energetyczna Polski do 2030 roku, Warszawa. <http://www.polishwindenergy.com/downloads/Polityka-Energetyczna-Polski-do-2030-roku.pdf>.
- Müller-Kraenner, S. (2009): Bezpieczeństwo energetyczne. Nowy pomiar świata, Szczecin.
- OECD/IEA (2010): Energy and CO2 emissions scenarios of Poland. [http://www.mg.gov.pl/files/upload/10460/ENERGY\\_AND\\_CO2\\_MAE.pdf](http://www.mg.gov.pl/files/upload/10460/ENERGY_AND_CO2_MAE.pdf).
- Pressemitteilung Gaz-System SA (2010): vom 15. Juni 2010, <http://www.gaz-system.pl/o-firmie/centrum-prasowe/aktualnosci/archiwum-aktualnosci/informacja-archiwalna/artykul/7535.html?L=mnoaadeazar&cHash=78c6d780f0>, Zugriff 17. Juni 2010.